

Russlands Überfall auf die Ukraine

Michael Lüders ^[1]

Die gliedernden Zwischentitel, die Bemerkungen in [...] und die Quellen und Hinweise stammen von mir.

Der Überfall

Keine 10 Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine besteht die Welt, wie wir sie kannten, nicht mehr.

Am 21. Februar hat der russische Präsident Putin die abtrünnigen Regionen Luhansk und Donezk im Osten der Ukraine als unabhängige Staaten anerkannt und russische Truppen dorthin geschickt. Damit endeten die diplomatischen Bemühungen zur Entschärfung der seit Jahren schwelenden Ukraine-Krise nach der russischen Annexion der Krim im Jahre 2014. ^[2]

Der Grund für die Krise

In einer fast einstündigen Rede machte Putin die NATO und deren Osterweiterung für die Krise verantwortlich. ^[3] Das sei eine existentielle Bedrohung für Russland. Er stellte auch die Souveränität und die Existenzberechtigung der Ukraine infrage.

Der Beginn des neusten Krieges

Drei Tage später, am 24. Februar, marschierten russische Truppen in der Ukraine ein. Sie verfolgten vorwiegend zwei Ziele:

Erstens die Eroberung

- der russischsprachigen Ostgebiete der Ukraine und
- der ukrainischen Küstenregionen entlang des Schwarzen Meeres.

Zweitens sollte die Hauptstadt Kiew eingenommen respektive eine prorussische Regierung eingesetzt werden.

Es setzte die grösste Flüchtlingsbewegung in Europa seit den Kriegen in Jugoslawien in den 1990er-Jahren ein. Rund eine Million Ukrainer sollen bis Anfangs März geflohen sein, etwa die Hälfte davon nach Polen.

Die Reaktionen des Westens

Die Antwort des Westens auf diesen russischen Überfall setzte sofort ein:

- Die Bundesregierung Deutschland setzte die Zertifizierung der fertiggestellten Gas-Pipeline North Stream II auf unbestimmte Zeit aus.

- Die Reihen zwischen den USA, der NATO und der EU schlossen sich. ^[4]

- Die USA sandten Tausende weitere Soldaten nach Deutschland und Osteuropa. ^[5]

- Am 27. Februar vollzog der deutsche Bundeskanzler Scholz eine 180-Grad-Wende in der deutschen Sicherheitspolitik. Er erklärte, Deutschland werde, wie schon von US-Präsident Trump gefordert, jährlich nicht unter 2% des Bruttoinlandsprodukts für den Verteidigungshaushalt aufwenden. Hinzu kommen 100 Milliarden Euro an Rüstungsausgaben, finanziert durch einen Sonderhaushalt, über deren konkrete Verwendung bisher nicht entschieden worden ist.

- Die Bundesregierung beschloss, sich von ihrer bisherigen Linie, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, abzuwenden und der Ukraine solche im Werte von mehr als einer Milliarde Euro zu schicken.

- Auch andere EU- und NATO-Staaten liefern unter der Koordination durch die USA Waffen in die Ukraine.

Die westlichen Staaten verhängten so strenge Sanktionen gegen Russland, wie es sie bisher nur gegen nahöstliche Länder und Nordkorea gegeben hat:

- Russische Banken werden vom SWIFT ausgeschlossen.

- Die Sanktionierung der russischen Zentralbank. ^[6]

- Die wirtschaftliche Zusammenarbeit in vielen Bereichen wird ausgesetzt oder beendet. ^[7]

- Grosse westliche Reedereien laufen russische Häfen nicht mehr an.

- Russischen Fluglinien, etwa Aeroflot, wurde der westliche Flugraum gesperrt.

- Boeing und Airbus liefern keine Ersatzteile mehr nach Russland.

- Die USA haben einen generellen Stopp für Exporte von Technologie nach Russland verhängt, wenn sie für Luftfahrt, Schifffahrt oder Militär verwendet werden könnte. Das trifft auf viele Technologie zu, auch zum Beispiel auf Telefonie.

- Westliche Unternehmen stellten ihre Tätigkeit in Russland ein, darunter auch die Autohersteller.

- Kulturelle und sportliche Anlässe werden boykottiert.

Die Reaktion Russlands

Präsident Putin reagierte auf diese Massnahmen, indem er die russischen Atomstreitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzte. ^[8] Der Kurs der russischen Börse brach am 28. Februar um 45% ein. Der Handel wurde darauf für mehrere Tage ausgesetzt.

Wird das Putin zu Fall bringen, etwa auch deshalb, weil sich die Oligarchen gegen ihn wenden? Das glauben oder hoffen nicht wenige Leute im Westen.

Die Menschen haben Angst

Allerdings haben auch viele in Angst vor der Zukunft. Die grösste Last tragen die Menschen in der Ukraine. Sie erfahren, zu Recht, grosse Unterstützung von allen Seiten und haben alle Sympathien auf ihrer Seite und unsere Solidarität uneingeschränkt verdienen. Es gibt kein Recht und keine Entschuldigung für den russischen Überfall auf dieses Land, ganz unabhängig davon, dass er Ausdruck von politischer Verantwortungslosigkeit, auch Dummheit ist. Wahrscheinlich ist der russische Präsident selbst überrascht über die entschlossenen Reaktionen auf sein Vorgehen.

Der militärische Vormarsch erfolgt zudem langsamer als vermutlich geplant. ^[9]

Ob das am Widerstand der Ukraine oder einem strategischen Kalkül liegt, sei dahingestellt. Die russische Kriegsführung ist rücksichtslos, wie es die Kampfhandlungen im Bereich des grössten AKWs Europas zeigten. ^[10]

Wer also geglaubt hatte, Moskau werde wegen der Monate lange dauernden Drohkulisse entlang seiner Grenze nicht in die Ukraine einmarschieren, der hat sich, mich eingeschlossen, gründlich getäuscht.

Putins Krieg

Die Versuchung ist gross, diesen Krieg als Putins Krieg zu bezeichnen, wie es in Politik und Medien vielfach geschieht. Richtig ist, dass die russische Führung und niemand sonst die Verantwortung für diesen Waffengang trägt. Richtig ist aber auch, dass Kriege immer eine Vorgeschichte haben. An dieser ist nicht allein die russische Seite beteiligt. Auch der Westen hat daran einen Anteil, wenn das im Augenblick auch niemand hören mag.

Zu den gegen Russland verhängten Sanktionen

Sie werden für die westliche Wirtschaft zu einem Bumerang werden.

Russland ist nach den USA der weltgrösste Erdölproduzent und, auch nach den USA, der zweitgrösste Erdgasproduzent. Die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Erdgases stammt aus Russland. ^[11]

Ein Drittel des [in Deutschland] benötigten Erdöls kommt aus Russland. ^[12]

45% der [in Deutschland] verfeuerten Steinkohle stammen aus Russland. ^[13]

Russland steht auf Platz 10 der Handelspartner Deutschlands.

Russland ist ein wichtiger Exporteur von Seltenen Erden und Metallen.

Alle westlichen Staaten sind mit der russischen Wirtschaft eng verflochten.

Die meisten sind von Energielieferungen aus Russland abhängig.

Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Bulgarien beziehen 100% ihres Bedarfs an Erdgas aus Russland.

Auch Österreich und Italien sind Grosskunden bei Gazprom.

Sollte Russland auf die Sanktionen des Westens mit Gegenreaktionen im Energiebereich antworten, hätten diese westlichen Staaten ein sehr ernsthaftes Problem.

In Zeiten der Globalisierung den flächenmässig grössten Staat der Welt isolieren zu wollen, ist schlichtweg unmöglich. Auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, ist kein Plädoyer für Nichtstun als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine. Begrenzte und schmerzhaft Sanktionen sind möglich, doch sie können keine Lösung auf die Dauer sein, es sei denn um den Preis des eigenen wirtschaftlichen Niedergangs. Schon jetzt explodieren die Preise für Gas und Benzin nicht allein in Deutschland, obwohl Russland noch keine Gegensanktionen verhängt hat.

Laut Umfragen sind viele Bundesbürger bereit, diese Preiserhöhungen zu akzeptieren. Das ist allerdings nur eine Momentaufnahme. Sobald sich der Preis für einen Liter Benzin gegen 2.5 Euro bewegt, die Gasrechnung um 50% und mehr steigt und sich der Brotpreis merklich erhöht, dürfte die Stimmung kippen. Weshalb die Brotpreise? Weil Russland und die Ukraine rund 30% des weltweiten Bedarfs an Weizen decken.

Politik bietet Scheinlösungen an

Politiker, nicht allein in Deutschland, reden diese Probleme klein und präsentieren Scheinlösungen. So hat die Bundesregierung beschlossen, zwei Terminals für Flüssiggas in Auftrag zu geben, eines in Brunsbüttel, das andere in Wilhelmshaven. Solche Pläne gibt es schon seit längerem; allerdings fanden sich bisher keine Investoren für diese grossen Projekte. Der Grund ist einfach: Diese Flüssiggas-Terminals rentieren nicht.

Auf russisches Gas zu verzichten und deutlich teureres Flüssiggas aus den USA zu importieren, mag politisch opportun sein, ist aber ein wirtschaftlicher Unfug. Folglich dürfte die Bundesregierung, also der Steuerzahler, Beihilfe in unbekannter Höhe leisten, um dieses Projekt zu verwirklichen.

Doch damit nicht genug. Die hiesige Wirtschaft kann Energie nicht zu Apothekerpreisen einkaufen, weshalb der Bund das Flüssiggas dauerhaft subventionieren müsste. Die Bauzeit der Terminals beträgt übrigens mindestens drei bis vier Jahre, sofern alles gut läuft. Zahlreiche Länder in Europa sind auf russisches Erdgas angewiesen. Beispiel Ungarn: Als die EU ihr erstes Sanktionspaket vorstellte, bekannte sich Premier Viktor Orban ohne Wenn und Aber zu diesen

Massnahmen. Aber wenig später, am 2. März, stellte er klar, dass es keine Waffenlieferungen an die Ukraine über das Territorium Ungarns geben werde. Offizielle Begründung: Die ungarischen Minderheiten in der Ukraine nicht Risiken auszusetzen. Tatsächlich geht es ihm eher darum, seine guten Beziehungen zu Moskau und die Gaslieferungen nicht zu gefährden. Es kann gut sein, dass am Ende Deutschland alleine die Sanktionen durchführt und damit moralisch sehr hoch, aber wirtschaftlich sehr tief liegt.

Die Empörung

Die Empörung über den russischen Überfall auf die Ukraine ist berechtigt, sollte aber nicht dazu führen, dass moralische Emphase zu politischem Aktionismus ^[15] wird.

Ein Vergleich: Die Sowjetunion schickte 1968 Panzer in die Tschechoslowakei. Die Reform-Regierung Dubcek sollte durch eine prosovjetisch eingestellte ersetzt werden. Die deutsche Regierung unter Brand hielt trotzdem an ihrer Ostpolitik fest. Die Kontakte wurden nicht abgebrochen, im Gegenteil, sie wurden noch aktiviert, was Deutschland nicht geschadet hat.

Die jetzige Bundesregierung geht den entgegen gesetzten Weg. Im Einklang mit den USA und der Europäischen Union sucht sie offenbar, die Beziehungen zu Russland dauerhaft zu kappen oder auf ein Minimum zu reduzieren. Sie übersieht dabei, dass sie der Exportnation Deutschland damit dauerhaften Schaden zuführen könnte.

Die erneuerbaren Energieträger werden den hiesigen Energiebedarf nie decken können. Die Abhängigkeit von Russland bleibt bestehen. Die jetzt hochgelobte Einheit des Westens dürfte sich daher wieder verflüchtigen.

Die USA

Die Regierung Biden stellte bereits anfangs dieses Jahres klar, dass sie auch im Falle eines russischen Einmarsches in die Ukraine nicht beabsichtigt, ihre Erdölimporte aus Russland einzustellen oder auch nur zu reduzieren, Sanktionen hin oder her. Die USA sind der zweitgrösste Importeur von russischem Erdöl. Der Grund liegt auf der Hand. Im November [2022] finden Zwischenwahlen statt. Die Demokraten stehen innenpolitisch mit dem Rücken zur Wand. Die Regierung Biden kann sich keine steigenden Benzinpreise erlauben. Auch Aluminium ist von den Sanktionen ausgenommen. 15% ihres Bedarfs decken sie mit Importen aus Russland.

Auf die Frage, welchen Preis die USA für die Sanktionen gegen Russland zahlen würden, antwortete Biden kurz und bündig: Keinen. Das ist ihr Trick: Gemeinsame Werte bemühen, doch vor allem den Europäern den Preis für den neuen kalten Krieg aufbürden.

Die übrige Welt neben dem Westen

Weder China noch Indien haben Russlands Vorgehen bisher verurteilt. Bei China verwundert das nicht. Indien dagegen ist prowestlich eingestellt. Auch die meisten Schwellenländer ^[16] sind ähnlich zurückhaltend, darunter Nigeria, Südafrika, Ägypten und Pakistan. Brasilien hat sich zunächst zurückgehalten, änderte aber nach Gesprächen mit Washington seine Haltung. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verurteilte das russische Vorgehen am 25. Februar mit 11 von 15 Stimmen. Die entsprechende Resolution ist allerdings milde gehalten. Sie verlangt die Einstellung aller Gewalt und die Rückkehr zu Verhandlungen. Die USA konnten ihren deutlich schärfer verfassten Text nicht durchsetzen. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen dagegen prangerte am 2. März den russischen Überfall auf die Ukraine klar und deutlich mit 141 von 193 Stimmen bei 35 Enthaltungen, darunter China. Indien stimmte dagegen. Westliche Länder übten Druck auf Pakistan aus, damit es der Resolution zustimmt, was aber nicht geschehen ist. Immerhin 22 Staaten warben vor der Abstimmung für die Annahme. Darunter waren die meisten Länder der EU, auch Deutschland, aber auch Australien, Kanada, Japan, Norwegen, die Schweiz und Grossbritannien. Warum dieser Aufwand? Wahrscheinlich wissen die Akteure im Westen, dass die behauptete Einheit Wunschdenken und ausserhalb der westlichen Hemisphäre nicht vorhanden ist. Selbst die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, zwei Grosseinkäufer US-amerikanischer Rüstungsgüter und enge Verbündete Washingtons stellten klar, dass sie Sanktionsmassnahmen gegen Russland bestenfalls symbolisch mittragen werden. ^[17]

Ich meine, dass es für eine solche Zurückhaltung zwei Gründe gibt:

- Die richtige Erkenntnis Bill Clintons "It's the economy, stupid!" ^[18] gilt noch immer.

Das heisst: Die Welt, in der wir leben, wird von wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen und nicht von moralischer Emphase bestimmt.

- Die Welt ist im Umbruch. Hier die USA, eine Weltmacht im Niedergang. Dort China, eine Weltmacht im Aufstieg.

Russland wird sich von Europa und den USA abwenden und sich nach China orientieren.

Das tun auch andere Nationen. Weshalb sollte etwa Ägypten auf Weizen aus Russland verzichten?

Weshalb sollte Pakistan russische Investitionen im Energiesektor ablehnen?

Den Luxus, russisches [preisgünstiges] Erdgas zu boykottieren und stattdessen unrentable Flüssiggas-Terminals zu bauen, muss man sich finanziell zuerst einmal erlauben können. Aussenministerin Baerbock erklärte unlängst, nur noch

Diktaturen würden Russland unterstützen. Das ist nicht grundsätzlich falsch, aber reichlich unterkomplex [mangelhafte Fakten].

Die russische Führung weiss sehr wohl, dass vor allem die ärmeren Teile der eigenen Bevölkerung einen hohen Preis für den Krieg in der Ukraine bezahlen werden. Der Lebensstandard in Russland wird sinken, die Inflation steigen.

Grundsätzlich aber ist Moskau wirtschaftlich nicht in die Knie zu zwingen. Dafür ist das Land zu gross, ist die Schlange derer, die russische Rohstoffe einkaufen wollen, zu lang.

Sollten die USA gegen Russland sogenannte Sekundärsanktionen ^[19] wie schon gegen den Iran verhängen, verheben sie sich. Drittstaaten jeden Handel mit Russland verbieten zu wollen, wäre Grössenwahn, zumal selbst die USA auf russisches Erdöl oder Aluminium nicht verzichten.

Doch auch wir werden einen hohen Preis in Gestalt einer vermutlich lang anhaltenden Inflation und einer wirtschaftlichen Stagnation, also einer Stagflation ^[20] bezahlen.

Wenn es Deutschland nicht gelingt, diese Abwärtsspirale aufzuhalten, setzt es seinen Wohlstand aufs Spiel.

Aber auch die Europäische Union muss aufpassen, nicht ein Spielball im Kräftemessen zwischen den USA und Russland und China zu werden. Sonst stehen wir am Ende als die grossen Verlierer da.

Business as usual

Sollten wir die russische Aggression lediglich zur Kenntnis nehmen und mit Russland business as usual betreiben? Die sachliche Antwort lautet "Jein". Begrenzte Sanktionen Ja, dauerhafte Nein. Unsere Empörung über das, was gegenwärtig in der Ukraine geschieht, wird im globalen Süden eher von Minderheiten geteilt, nicht aus mangelnder Empathie für das Leid der Ukrainer, sondern weil man dort hinlänglich mit der westlichen Heuchelei vertraut ist.

Das ist der zweite Grund, weshalb sich viele westliche Staaten an den Sanktionen gegen Russland nicht beteiligen. Die tagaus, tagein zur Schau gestellte Empörung gegen Putin und dessen eindeutigen Bruch des Völkerrechts kontrastiert unangenehm mit der Realität westlicher Machtpolitik in anderen Teilen der Welt.

Die grässliche Heuchelei des Westens

Wie haben westliche Länder auf die Zerstörung des Irak durch die USA und Grossbritannien reagiert? Hat es 2003 Forderungen nach Sanktionen gegen die Aggressoren gegeben? G.W. Bush und sein britischer Juniorpartner Tony Blair tragen politisch die Hauptverantwortung für Hunderttausende von Toten in Afghanistan und im Irak. ^[21]

Hierzulande mag man das als Whataboutism ^[22] abtun; nicht so im globalen Süden, wo die Schäden zu besichtigen sind, von Afghanistan über den Irak und Libyen bis in den Jemen. ^[23] Bush und Blair sind für ihre [Schand-]Taten nie zur Rechenschaft gezogen oder bei Gericht angeklagt worden. ^[24] Genau das soll nun mit Putin und Russland, mit freundlichen Empfehlungen aus Washington, geschehen. Der Brite Karim Khan, Chefankläger am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, bereitet diese Anklage vor. Der gleiche Karim Khan stellte alle Strafermittlungen, die seine Vorgängerin ^[25] gegen die USA wegen mutmasslicher Kriegsverbrechen in Afghanistan während acht Jahren gesammelt hatte, ein. Ich beschreibe die Hintergründe dazu in meinem neuen Buche "Hybris am Hindukusch". Man kann kaum glauben, welche beinahe kriminelle Energie Washington aufwandte, um wegen dem, was seine Armee und die NATO an Verbrechen an der Zivilbevölkerung begingen, nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Gehört Wladimir Putin vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag? Ja, aber nur dann, wenn zeitgleich ein Verfahren gegen G.W. Bush und Tony Blair eingeleitet wird.

Ein Zustand der Empörung und der Erregung

Die westliche Welt befindet sich darin. Wie sollte es auch anders sein angesichts der russischen Verbrechen an unseren Nachbarn? Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass dieser Zustand politisch gefördert und instrumentalisiert wird, etwa mit dem Ziele, die USA von ihren militärischen Verpflichtungen in Europa zu entlasten, damit sie mehr Geld und andere Mittel für die Eindämmung Chinas zur Verfügung haben.

Der Geisteszustand Putins

Darüber wird etwa in Talkshows spekuliert. Leidet der vermeintliche Caesar an Grössenwahn? Sind nächstens die baltischen Staaten in seinem Visier?

Was vollkommen fehlt, ist die Ursachenforschung. Selbst die Frage, wie es zu diesem Kriege kommen konnte, gilt als Putin-Versteherei. Er sei der Aggressor, mehr müsse man nicht wissen. Alles Weitere regeln die Emotionen, die Medien und die Sanktionsbestimmungen. Leider führt ein Schwarz-Weiss-Denken in den seltensten Fällen weiter.

Deshalb folgt nun ein Exkurs auf die Ursachen dieses Krieges, auch wenn viele das nicht hören wollen und die Frage nach Gut und Böse längst entschieden haben.

Die Ursachen dieses Krieges

Der US-Diplomat und langjährige strategische Vordenker amerikanischer Aussenpolitik, George Kennan, erklärte bereits 1998, der Beschluss des US-Senats, die NATO nach Osten zu erweitern, sei ein tragischer Fehler. ^[26]

Es gebe dafür keinerlei Notwendigkeit. Niemand hat wen auch immer bedroht. Fast schon prophetisch [es IST prophetisch!] führte er weiter aus, Russland werde früher oder später darauf reagieren, und diese Erweiterung der NATO werde eine sehr ernste Krise provozieren. Die Befürworter allerdings werden sagen: "Seht her, so sind die Russen."

Horst Teltchik, langjähriger Kanzleramtsminister Helmut Kohls, und Klaus von Dohnanyi, ein politischer Weggefährte von Willy Brandt, haben ausführlich dargelegt, wie die USA das Gorbatschow mündlich gegebene Versprechen, die NATO nicht nach Osten auszuweiten, vorsätzlich und bewusst unterlaufen haben. In der Stiftung "Wissenschaft und Politik", die vom Bundeskanzleramt finanziert wird und nicht im Verdacht steht, Russland-affin zu sein, veröffentlichte General a.D. Wolfgang Richter kürzlich einen Beitrag unter dem Titel "Ukraine im NATO-Russland-Spannungsfeld".^[27] Darin beschreibt er unmissverständlich, wie Washington alle Versuche, die Ukraine-Krise zu lösen, politisch unterließ. Der russische Präsident Putin hat lange Zeit und immer wieder die Nähe zum Westen gesucht. Doch weder die USA noch die Europäische Union haben sich veranlasst gesehen, Moskau auf Augenhöhe zu begegnen. Die russische Führung ist schliesslich zum Schlusse gelangt: Genug geredet, wir schaffen jetzt Fakten.

Um jedes Missverständnis zu vermeiden: Auf diese Zusammenhänge hinzuweisen heisst nicht, den russischen Einmarsch in der Ukraine schönreden oder rechtfertigen zu wollen. Dieser Einmarsch ist falsch, verwerflich und strategisch unklug. Die russische Führung hat den Hardlinern im Westen eine Steilvorlage für ihre Behauptungen "haben wir immer schon gewusst, haben wir immer schon gesagt, Russland ist das Reich des Bösen, versteht nur die Sprache der militärischen Abschreckung und ist als Schurkenstaat dauerhaft auszugrenzen" geliefert.

Die Ukraine

Warum interessieren sich die US-Amerikaner für die Ukraine?

Aus machtpolitischen Gründen, die der US-amerikanische Geostratege und Sicherheitsexperte Georg Friedman in einem Vortrag vor dem Chicago Council on Global Affairs am 3. Februar 2015 mit entwaffnender Offenheit benannte. Er führte unter anderem aus, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland der Grund waren, weshalb sich die USA am ersten und zweiten Weltkrieg [und am Kalten Kriege] beteiligten. Vereint sind diese beiden Länder die einzige Macht, die die USA bedrohen kann, und diese haben ein immenses Interesse daran, dass das nicht geschieht. Für die Ukraine sei es lebenswichtig zu wissen, dass die USA das einzige Land sind, die ihr hilft. [Soweit Friedman.] Kürzlich war der [ehemalige] Oberbefehlshaber der US-Bodentruppen in Europa, Ben Hodges, in der Ukraine zu Besuch. Er gab bekannt, dass nun US-Militärberater offiziell und nicht nur inoffiziell kommen werden. Er verteilte auch Medaillen an ukrainische Kämpfer, was im US-Militär eigentlich nicht erlaubt ist. Er tat es trotzdem, um damit zu zeigen, dass das seine Armee ist. Wenig später gaben die USA bekannt, dass sie an die Ukraine Waffen liefern werden. Das geschieht ausserhalb der NATO, denn deren Entscheidungen müssen einstimmig getroffen werden.

Der Sicherheitsgürtel

Die USA richten gegenwärtig einen Sicherheitsgürtel ein. Das haben die Russen verstanden. Die Frage, die sich ihnen stellt, ist diese: Können sie die Ukraine als Pufferzone zwischen sich und dem Westen erhalten oder wird der Westen so weit in die Ukraine vordringen, dass die NATO nur 100 Kilometer vor Stalingrad [heute Wolgograd] und 500 Kilometer vor Moskau steht? Die [heutige] Lage in der Ukraine ist für Russland eine existentielle Bedrohung. Sie können sie nicht auf sich beruhen lassen. Die USA ihrerseits aber können die Ukraine nicht den Russen überlassen; deshalb richten sie diesen Sicherheitsgürtel ein. Deshalb stationieren wir unsere Truppen in den baltischen Staaten, in Polen, Rumänien und Bulgarien. Das ist ein Land zwischen den Meeren, ein Sicherheitsgürtel zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere. Davon träumte schon der polnische General Pilsudski vor dem 2. Weltkrieg.

Deutschland und Russland

Wie wird sich Deutschland positionieren? Die grösste Urangst der Vereinigten Staaten von Amerika ist, dass sich deutsches Kapital und deutsche Technologien mit russischen Rohstoffen und Arbeitskräften verbinden. Wie können die USA erreichen, dass das nicht geschieht?

Die Russen wollen eine neutrale Ukraine haben. Wir wollen den Sicherheitsgürtel.^[28]
Soweit Friedman.

Das geopolitische Schachbrett^[29]

Die Ukrainer sind die Bauern auf einem geopolitischen Schachbrett. Damit wird auch klar, weshalb die USA North Stream II verhindern konnten.^[30] Dabei geht es nicht allein um das amerikanische Flüssiggas, sondern um die von Friedman genannte Urangst der USA. Die Deutschen dürfen sich nicht vor diesen Karren spannen lassen, auch wenn der russische Angriff auf die Ukraine den USA in die Hände spielt.

Das vorrangige Ziel muss sein, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Das setzt voraus, mit Moskau, auch mit Präsident Putin, bereit für Gespräche zu bleiben und nach Kompromissen zu suchen. Russland wird eine politisch nach Westen orientierte Ukraine nicht akzeptieren. Es wird dafür einen hohen, wenn nötig sehr hohen Preis bezahlen.

Die USA werden von ihrem Sicherheitsgürtel kaum ablassen und weiterhin eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine verlangen. Wenn sich die EU und insbesondere Deutschland in dieser Frage nicht klug positionieren, laufen wir Gefahr, als Hilfstruppen für US-amerikanische Interessen zu enden. In der gegenwärtig aufgeheizten Stimmung hat die Vernunft [aber] kaum eine Chance. Bei aller notwendigen Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine, Russland und die Ukraine sind und bleiben unsere Nachbarn. Wir brauchen zu beiden Ländern belastbare Beziehungen und keinen weiteren Kalten Krieg.

Das Offenkundige benennen

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer sah sich einem politischen und medialen Shitstorm ausgesetzt, als er das Offenkundige benannte: Wir brauchen vernünftige Beziehungen zu Russland. Er hat vollkommen recht. Was wäre die Alternative? Einen Krieg gegen Russland zu führen? Einen dritten Weltkrieg mit Atomwaffen zu riskieren? Die hiesige Wirtschaft mithilfe endloser Sanktionen, die weder uns noch der Ukraine, aber unseren transatlantischen Freunden nützen, auf Talfahrt zu schicken?

Wir sollten erkennen, dass die Machteliten in Moskau, in Washington und anderswo nicht im Dienste ihrer Völker stehen, sondern ihre eigenen Interessen verfolgen, die auch vor einem Nuklearschlag nicht zurückschrecken.

Frieden wollen

Um den Frieden zu bewahren, sollten wir Menschen in Amerika, in Europa, in der Ukraine und in Russland erkennen, dass wir unsere Zukunft selbst gestalten müssen, auch mithilfe von Massendemonstrationen für den Frieden. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl sollte all jenen gelten, die in diesen Tagen den Preis dafür bezahlen, dass kleine Minderheiten, militärische Machtzirkel, das Schicksal ganzer Völker bestimmen.

Lassen wir uns nicht verdummen. Bleiben wir wachsam.

Ein kurzes Nachwort von mir

Nach Friedman sollen die USA Angst vor einem mit Russland in Frieden lebenden Europa haben. Besteht dazu ein Grund? Ich nehme es nicht an. Es wird sich um die Eitelkeit der Amis handeln, die neben sich nichts Grosses dulden wollen.

Quellen und Hinweise

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=FIXihZc2IzQ>

[2] Ich halte die Vorgänge in der Krim nicht für eine Annexion. Mehr darüber unter 2022_02_4.pdf.

[3] Putins Rede, wahrscheinlich <https://www.youtube.com/watch?v=fRPoXgAUd68>

[4] Unnötig. Die sind schon lange geschlossen.

[5] Das US-Militär hat nach eigenen Angaben derzeit mehr als 90.000 Soldatinnen und Soldaten in Europa.

[6] Was bedeutet das? Ich habe dazu keine Informationen gefunden.

[7] Was bedeutet das? Ich habe dazu keine Informationen gefunden.

[8] Was bedeutet das? Ich habe dazu keine Informationen gefunden.

[9] Wahrscheinlich aber gewollt...

[10] Grösstes AKW Europas in der Ukraine bei der Stadt Saporischschja.

[11] Das sind etwa 43 Milliarden Kubikmeter pro Jahr.

[12] Das sind etwa 32 Millionen Tonnen pro Jahr.

[13] Das sind etwa 25 Millionen Tonnen pro Jahr.

[14] Die PAO Gazprom ist das weltweit größte Erdgasförderunternehmen und mit 98 Milliarden US-Dollar Marktkapitalisierung eines der größten Unternehmen Europas. In Russland ist Gazprom mit rund 473.800 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber des Landes. (Wikipedia)

[15] Aktionismus=übertriebener Betätigungsdrang

[16] Ein Schwellenland ist ein Staat, der traditionell noch zu den Entwicklungsländern gezählt wird, aber nicht mehr deren typische Merkmale aufweist. Deshalb wird ein solches Land begrifflich von den Entwicklungsländern getrennt. (Wikipedia)

[17] Symbolische Sanktionen: Dazu finde ich keine Informationen. Wahrscheinlich sind es wirkungslose Sanktionen. Als Beispiel könnte man sich vorstellen, dass die USA den Import von russischem Käse verbietet, obwohl dieses Land keinen Käse exportiert.

[18] "It's the economy, stupid!". Mit diesem Wahlkampf-Slogan gewann Bill Clinton 1992 die US-Präsidentenwahlen. <https://www.diepresse.com/1308933/its-the-economy-stupid-ein-spruch-macht-geschichte>

[19] Man unterscheidet aus US-amerikanischer Sicht Primär- und Sekundärsanktionen. Während sich erstere (nur) an US-Personen richten, können Sekundärsanktionen auch europäische Unternehmen betreffen. Weiter ist zu beachten, dass US-Recht auch dann zu berücksichtigen ist, wenn US-Güter genutzt werden (sog. Reexport).

- [20] Der Begriff Stagflation beschreibt eine Situation eines Währungsraumes, in der wirtschaftliche Stagnation und Inflation miteinander einhergehen. Dieses Phänomen wurde in den 1970er Jahren im Zuge der Ölkrise in fast allen westlichen Volkswirtschaften beobachtet. (Wikipedia)
- [21] Im Irak kamen durch den von den USA geführten Krieg etwa eine Million Menschen ums Leben, darunter etwa eine halbe Million Kinder.
- [22] Whataboutism (von englisch What about ...? „Was ist mit ...?“, und -ism „-ismus“) wird unter logischem und argumentativem Gesichtspunkt als Variante des Tu-quoque-Musters eingeordnet (lat. ‚du auch‘, Bezeichnung für einen Gegenvorwurf), das eine Unterart des Ad-hominem-Arguments darstellt.[...] Whataboutism bezeichnet abwertend ein Verfahren, bei dem eine kritische Frage oder ein kritisches Argument nicht beantwortet oder erörtert, sondern mit einer kritischen Gegenfrage erwidert wird. (Wikipedia)
- [23] Auch durch Syrien zieht sich diese blutige Spur.
- [24] Auch H.W. Bush hat seine Hände im Irak blutig gemacht.
- [25] Wahrscheinlich Carla del Ponte. Allerdings halten die USA (auch China, Russland und andere Nationen) diesen Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag nicht für zuständig, wenn es um ihre Landsleute geht.
- [26] Zusagen an Gorbatschow, Hans-Dietrich Genscher. Dazu gibt es sogar einen Film. Mehr unter 2022_02_4.pdf.
- [27] <https://www.swp-berlin.org/wissenschaftler-in/wolfgang-richter>
- [28] Wir benötigen keinen Sicherheitsgürtel. Die Russen haben nicht im Sinne, uns zu überfallen.
- [29] Zbigniew Brzezinski, The Great Chessboard.
- [30] North Stream II ist zwar gebaut, aber noch nicht in Betrieb.